



Finanzmarktkrise

Realwirtschaft schützen – Finanzmärkte regulieren

Drei Jahrzehnte Deregulierung haben das Finanzsystem an den Rand des Einsturzes gebracht. Rettungsaktionen sind jetzt unumgänglich. Damit wir in Zukunft vor solchen Krisen bewahrt werden, fordert die IG Metall ein 10-Punkte-Programm gegen Finanzspekulationen.

Banken produzieren nichts

Was die Welt seit dem Sommer 2007 erlebt, ist gewiss die schwerste Finanzmarktkrise, seitdem die Finanzmärkte in den siebziger Jahren dem freien Spiel der Marktkräfte übergeben wurden. Aber es ist nicht die erste. Bevor die New-Economy-Blase im Jahr 2001 platzte, boomten die Aktienmärkte und alle wollten bei der großen Einkaufstour dabei sein. Jetzt ist es die Subprime-Krise und der Kollaps der Investmentbanken.

Immer und überall wurden Anleger damit gelockt, Renditen von 25 Prozent und mehr herauszuholen zu können, wenn sie in sogenannte „innovative Finanzprodukte“ investierten. Aber das ist Illusion. Renditen von 25 und 30 Prozent lassen sich nur zu Lasten anderer Marktteilnehmer erwirtschaften. Die Realwirtschaft gibt das nicht her. Auch wenn Banken alle zwei Wochen neue „Produkte“ auf den Markt bringen, gilt: Banken produzieren nichts.

Finanzmärkte und Banken sollten Mittler sein für das reibungslose Funktionieren des Kapitalismus. Heute wie früher werden Werte in der Realwirtschaft mit Maschinen und Menschen geschaffen. Banken leihen den Unternehmen Geld, um zu investieren und zu wachsen. Dieser Bezug zur Realität geht verloren, wenn Finanzmarktakteure nur durch Spekulation Geld in mehr Geld verwandeln wollen. Dann haben die Aktienkurse keinen Bezug mehr zum langfristigen Wert eines Unternehmens, die Immobilienpreise stehen in keinem Verhältnis mehr zu dem Preis, der sich langfristig und realistisch in einem Land für Häuser erzielen lässt und die Wertpapiere, die Anleger rund um den Globus gekauft haben, entpuppen sich als reine Luftnummern.

So geschehen in der gegenwärtigen Finanzkrise. Anleger – unter anderem die Wall Street Häuser – kaufen regionalen Hypothekenbanken ihre Immobilienkredite ab, fassten sie zu neuartigen Wertpapieren zusammen und verkauften sie weiter. Letztendlich basierte der Handel mit den Schrottanleihen darauf, dass

Risiken an ahnungslose Dritte weiter verkauft wurden. (Ausführlicher in „Wirtschaftspolitische Informationen“ Nr. 01/2008, IG Metall).

Bei der Konstruktion ihrer vermeintlichen Produkte waren die Finanzmärkte so einfallsreich, dass die Mehrheit der Anleger überhaupt nicht mehr verstand, was sie da eigentlich kaufte.

Jetzt sind die US-Investmentbanken Opfer ihrer eigenen Logik geworden. Drei der fünf größten Institute sind über Nacht vom Erdboden verschwunden. Alle drei hatten Existenz bedrohende Abschreibungen im Hypothekengeschäft. Erst die Spekulation der Hedge Fonds aber hat den Niedergang der US-Investmentbank Lehman Brothers perfekt gemacht. Mit Leerverkäufen haben sie auf fallende Kurse der großen Investmentbanken gewettet.

Wie funktionieren Leerverkäufe?

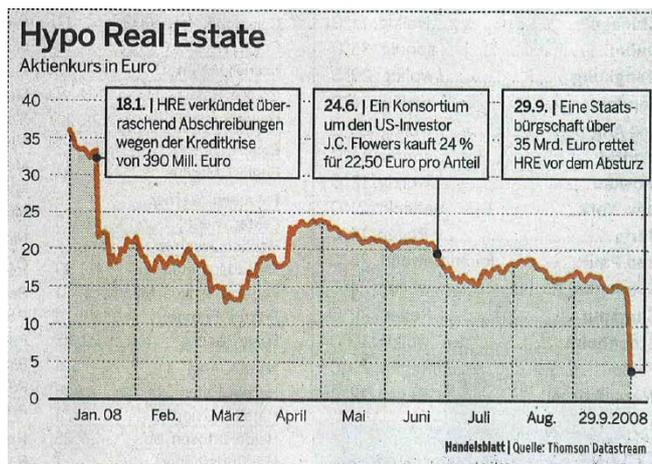
Ein Beispiel: Die Hedge Fonds glauben, dass die Aktie der Lehmann Brüder nächste Woche im Wert sinken wird - z.B. von 100 Dollar auf 50 Dollar. Deshalb verkaufen sie sie heute auf Termin zu 90 Dollar. Das scheint dem Käufer ein günstiger Preis zu sein. Aber der Hedge Fonds besitzt die Aktien gar nicht (eben ein „Leerverkauf“). Wenn der Preis eine Woche später tatsächlich auf 50 Dollar gesunken ist, kauft der Hedge Fonds die Aktie zu diesem Preis und liefert sie seinem Käufer für 90 Dollar. 40 Dollar pro Aktie sind sein Gewinn. Es zeigt sich einmal mehr: an den Finanzmärkten wird nichts produziert. Der Hedge Fonds hat nur gewonnen, was der dumme Käufer der Lehmann Aktie verloren hat.

Die US-Börsenaufsicht und die Kontrolleure in Frankfurt und London haben Leerverkäufe mit Bankaktien nun endlich verboten. Den Hedge Fonds wurde ihr liebstes Spielzeug weggenommen.

Der von der US-Regierung gestartete größte Rettungsversuch aller Zeiten, ein 700 Milliarden Dollar-Fonds ist im ersten Anlauf im US-Kongress gescheitert. Ziel ist, den Banken ihre Schrottpapiere abzukauften und einzulagern. Indem die Papiere erstmal vom Markt verschwinden, soll der Preisverfall und die Panik an den Märkten gestoppt werden. Die Hoffnung: wenn die Banken die Verlustbringer aus der Bilanz haben, werden sie nicht mehr nur mit sich selbst beschäftigt sein, sondern den Unternehmen wieder Kredit geben. Die US-Wirtschaft könnte sich erholen.

Keine Alternative zum Rettungsprogramm

Zur beabsichtigten Rettungsaktion gibt es keine Alternative, wenn die Kreditketten nicht reißen sollen. Der Fall Lehman Brothers hat gezeigt, wie viele Banken ganz normale Geschäfte mit Lehman hatten. Wenn eine solche Bank zahlungsunfähig wird, hängen andere Geldhäuser, auch deutsche, mit drin. Ein Systemkollaps der Banken reißt am Ende auch die Unternehmen und die Beschäftigten mit. Wichtig ist, dass der Staat im Gegenzug auch Bankanteile erhält, damit er Einfluss auf die Geschäftsführung bekommt und die Steuerzahler entschädigt werden, wenn die Banken wieder Gewinne machen.



Die Beinahe-Pleite des Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate (HRE) hat abermals gezeigt, dass es auch in Deutschland keinen Grund zur Entwarnung gibt. HRE hat langfristig ausgelegte Kredite kurzfristig refinanziert. Weil sich die Banken jetzt gegenseitig misstrauen und nicht mehr genug Kredit geben, ist die Sache schief gegangen. Auch in diesem Fall ist die Rettung richtig, um die Funktionsfähigkeit des Bankensystems zu erhalten. Aber: 27 Milliarden Euro Staatsgarantien ohne Gegenleistung durch Aktienübertragung für den Bund sind ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler.

Wie viele Risiken noch im System stecken, kann zur Zeit niemand sagen. Auch die Deutsche Bank hat ein riesiges Rad gedreht und mit nur 32 Milliarden Euro Eigenkapital Geschäfte gemacht, die sich auf zwei Billionen Euro Bilanzsumme aufaddieren. Wenn das deutsche Bankensystem glimpflich davon kommt, dann haben wir das dem Universalbankensystem und vor allem den Sparkassen mit ihren Millionen Kleinsparern zu verdanken.

Realwirtschaft schützen – Finanzmärkte regulieren

Das aktuelle Erdbeben ist das Produkt von drei Jahrzehnten Finanzmarkt-Deregulierung. Unbeschränkte Finanzmärkte würden die Wirtschaft stabilisieren und effizienter gestalten, so die Theorie. Bewegt sich eine Währung, der Preis einer Immobilie oder einer Aktie zu stark in eine Richtung, die vom wirklichen Wert ab-

weicht, dann würden Banken, Investmenthäuser, Hedge Fonds und dergleichen schnell die Fehlentwicklung erkennen und gegen den Trend spekulieren. Dadurch würden die Märkte wieder ins Gleichgewicht kommen.

Das Gegenteil ist eingetreten. Das Herdenverhalten der Anleger hat immer neue Übertreibungen der Märkte produziert. Finanzminister Steinbrück fordert nun zu Recht Konsequenzen aus der Krise. Eine späte Einsicht. Waren es doch Steinbrücks eigene Leute aus dem Finanzministerium, die sich jahrelang dafür einsetzten, den Markt für Kreditverbriefungen auch in Deutschland aufzublähen.

Damit muss jetzt Schluss sein. Um die Realwirtschaft vor der Ansteckung durch die Finanzmarktkrise zu schützen, muss das Vertrauen in das Bankensystem wieder hergestellt werden. Dazu darf nicht einfach alles beim alten bleiben. Nach akuten Feuerwehreinsätzen müssen jetzt wirksame Brandschutzmaßnahmen getroffen werden, damit die Finanzmärkte wieder ihren Job machen können: die wirkliche Wirtschaft mit Kredit zu versorgen sowie Wachstum und Beschäftigung zu finanzieren.

IG Metall: 10 Forderungen für stabile Finanzmärkte

1. **Haftungsverbund** aller deutschen und europäischen Banken. Wenn eine Bank sich verzockt, zahlen die Wettbewerber und nicht die Steuerzahler die Zeche.
2. Leerverkäufe **generell** und nicht nur befristet und für Bankaktien verbieten.
3. Selbstverpflichtungen der Branche und Kontrollen haben versagt. Auf europäischer und internationaler Ebene muss eine **effektive Finanzmarktaufsicht** geschaffen werden.
4. **Finanzmarkt-TÜV** einführen. Jedes Medikament wird geprüft. Auch Finanzmarktprodukte müssen standardisiert, geprüft und zugelassen werden, bevor sie in Umlauf kommen.
5. Finanzmarktgeschäfte nur noch über die **Börse** zulassen und nicht mehr im Direkthandel der Banken untereinander.
6. Staatliches **Zulassungsverfahren** und öffentliche **Qualitätskontrolle** für Ratingagenturen.
7. Kreditrisiken dürfen von den Banken nicht mehr zu 100 Prozent an Dritte weitergegeben werden. Mindestens 30 Prozent der eingegangenen Risiken sollten die Banken künftig in den eigenen Büchern führen.
8. Angemessene **Eigenkapitalunterlegung** von Bankgeschäften und Verbot von Zweckgesellschaften ohne Eigenkapitalverpflichtungen.
9. Bereits vorhandene weltweite **Finanzmarktstandards** wie Basel II müssen auch weltweit – einschließlich der USA – angewendet und gute Vorschläge, wie die des Financial Stability Forums, müssen umgesetzt werden.
10. Eine europäische **Finanztransaktionssteuer** soll auf Wertpapier- und Devisenkäufe erhoben werden. Das reduziert die Spekulation und die Kurzfristorientierung der Märkte.